



## WAHLPARTY UND ERGEBNISSE

Die Rheinbacher SPD veranstaltet am morgigen Sonntag ab 19 Uhr eine Wahlparty in der Schützenhalle. Die Stadt Rheinbach präsentiert bereits ab 18 Uhr Ergebnisse zur Kommunalwahl im Rathaus. Allerdings können nur 20 Personen eingelassen werden. Die Verwaltung empfiehlt, sich im Internet über Ergebnisse zu informieren.



## Nächtlicher Schockanruf von Lesbos

Der Bornheimer Zahnarzt Dr. Alexander Schafigh half mehrfach im Lager Moria

VON FRANK ENGEL-STREBEL

**Bornheim.** Der Anruf von der Insel Lesbos erreichte Dr. Alexander Schafigh mitten in der Nacht zum Mittwoch, noch bevor die ersten Bilder vom brennenden Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos um die Welt gingen. Informiert wurde der 50-jährige Zahnarzt aus Bornheim von Team-Mitgliedern. Denn Schafigh gehört der „Health Point Foundation“ (HPF) an und war seit 2019 bislang zwei Mal in dem Flüchtlingslager, um ehrenamtlich als Zahnarzt vor Ort zu helfen.

Die Health-Point-Stiftung ist eine gemeinnützige Hilfsorganisation, die für die Bereitstellung von medizinischen, zahnmedizinischen und pädagogischen Dienstleistungen für Vertriebene unabhängig von Religion, Rasse und Nationalität eingerichtet wurde. „Wir haben dort unter rudimentären Bedingungen gearbeitet, wir leisten zahnärztliche Notfallbehandlung“, schildert Schafigh. Es gehe primär darum, Karies, Abszesse oder gar Kieferbrüche zu behandeln. Komplizierte Wurzelbehandlungen sind kaum durchzuführen, Röntgenaufnahmen nicht möglich. Jeder Zahnarzt bringt sein eigenes Material mit, das er über Spenden finanziert hat. Im Schnitt behandelt ein Dentist 25 bis 30 Patienten pro Tag.

Eigentlich wollte Schafigh auch in diesem Jahr im Sommer wieder nach Moria fliegen, um zu helfen, doch mehrfach wurden Flüge annulliert. Coronabe-



**Wiederholt** war der Bornheimer Zahnarzt Dr. Alexander Schafigh im Lager Moria, um Kranken zu helfen. Foto: „Health Point Foundation“

dingt sind die Auflagen der griechischen Behörden, ins Lager zu kommen, sehr streng geworden. Da Schafigh die katastrophalen Zustände vor Ort kennt, war es für ihn nur eine Frage der Zeit, dass es irgendwann in dem hoffnungslos überfüllten Lager zu einer Katastrophe kommen würde. 2016 wurde das Camp als Übergangslager für 2800 Flüchtlinge errichtet, zuletzt sollen hier knapp 13 000 unter erbärmlichsten Umständen gehaust haben, zeitweise waren es an die 20 000. Als vor einigen Wochen einige Insassen positiv auf Covid 19 getestet worden sind, seien die Menschen in Panik geraten.

Die hygienischen Zustände seien so katastrophal gewesen, niemand habe sich ordentlich die Hände waschen können. An „Social Distancing“ sei über-

haupt nicht zu denken. Es spitzte sich zu, als das Lager komplett isoliert wurde. Durch diesen Lockdown hätten die Menschen noch nicht einmal Gelegenheit gehabt, sich außerhalb des Camps Geld aus den Automaten zu besorgen, um sich das Nötigste zu kaufen, schildert Schafigh, der im ständigen telefonischen Kontakt zu seinen ehrenamtlichen Teamkollegen vor Ort steht. „Dadurch ist die Lage eskaliert, weil die Menschen sämtlicher Infrastruktur beraubt worden sind.“

Aktuell berichtet ihm sein Team von Straßenblockaden durch die örtlichen Behörden, die verhindern sollen, dass die Flüchtlinge in die knapp 4,5 Kilometer entfernte Inselhauptstadt Mytimi gelangen: „Knapp 13 000 Menschen hausen ohne

## Appell der Bürgermeister

„Die Situation der Flüchtlinge auf den griechischen Inseln ist seit Jahren katastrophal. Wir alle wissen das und tun nichts. Moria auf Lesbos hat uns gezeigt wie das enden kann. Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Rhein-Sieg-Kreis wollen hier nicht mehr wegsehen. Es wird schon zu oft weggesehen. Wir sind nicht mehr bereit, die fruchtlosen Bemühungen der EU hinzunehmen“, erklärte Stefan Raetz (Rheinbach) gestern stellvertretend als Sprecher der Bürgermeister im Rhein-Sieg-Kreis. Nachdem Deutschland seit dem 1. Juli den

Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen hatte, richtet sich sein Aufruf an die Bundesregierung: „Als Ratspräsidentin in der EU haben wir für eine gesamteuropäische humanitäre Lösung zu sorgen. Wir erwarten ein sichtbares Zeichen der Menschlichkeit. Sofort! Wenn alle Europäer\*innen und damit auch wir im Rhein-Sieg-Kreis unsere Herzen öffnen, dann helfen wir den Schwächsten der Schwachen. Möge Lesbos symbolisch für Leben, Ehre, Solidarität, Beistand, Obhut und Sicherheit stehen“, appelliert Stefan Raetz. (Bir)

Obdach auf der Straße, sie sind verstreut über die ganze Insel, darunter viele unbegleitete Minderjährige, die nicht einmal ihre primären Bedürfnisse decken können.“

Aktuell setzt der Bornheimer Zahnarzt sämtliche Hebel in Bewegung, um Hilfgelder und Sachspenden aufzutreiben, die die Bedürftigen dann möglichst schnell über einen Hamburger Hilfskonvoi erreichen sollen. Er selbst würde so bald wie möglich wieder auf die ägäische Insel fliegen. Derzeit ist das jedoch so gut wie unmöglich: „Deswegen versuche ich, möglichst viel von hier aus zu organisieren“, sagt Dr. Alexander Schafigh. Seine Forderungen an die Politik: „Wir in Deutschland sollten zumindest die rund 5000 unbegleiteten Minderjährigen aufnehmen. Für

Deutschland ist das doch eine homöopathische Dosis. Das wäre auch so, wenn wir alle 13 000 Flüchtlinge aufnehmen würden.“ Schafigh plädiert daher für eine „uneuropäische Lösung“.

Der Zahnarzt fordert außerdem, den Griechen zu helfen, die Schutzsuchenden aufs Festland zu bringen. Dort sei schnelle Hilfe und die nötige Infrastruktur gegeben: „Sie müssen sonst erst einmal alles auf die Insel bringen, das dauert und bedeutet eine weitere Herausforderung. Wir können nur hoffen und beten, dass es nicht zu größeren menschlichen Opfern kommt“, betonte Schafigh. Konsequenzen hat der Großbrand auch für die Arbeit der Zahnärzte vor Ort. Die von der HPF eingerichtete Zahnstation ging ebenfalls in Flammen auf.

## Unterbrechung bei der Linie 18

**Bornheim.** Die Häfen und Güterverkehr Köln AG (HGK) lässt in den kommenden Wochen an der Stadtbahn-Linie 18 die Oberleitungsanlage erneuern. Dafür müssen die Bahnübergänge an der Lannerstraße und am Holzweg in Merten vorübergehend gesperrt werden. Dort werden die Holzschwellen durch Gleistragplatten und Betonschwellen ersetzt. Die Sperrungen gelten laut HGK zwischen dem morgigen Samstag und Dienstag, 3 Uhr, zwischen den Haltestellen „Brühl Mitte“ und „Bornheim“ getrennt und am nächsten Wochenende zwischen Schwadorf und Bornheim. Es verkehren Ersatzbusse; die Fahrzeit verlängert sich um einige Minuten, so die HGK. (Bir)

## Schlangenlinien fielen auf

**Rheinbach.** Die augenscheinlich unsichere Fahrweise eines Autofahrers hatte am späten Donnerstagabend die Aufmerksamkeit einer Polizeistreife in Rheinbach erregt.

Gegen 23.20 Uhr war der 36-jährige Fahrer auf der Koblenzer Straße in Richtung der Rheinbacher Innenstadt unterwegs und wurde in Höhe des Bereiches „Vor dem Voigtstor“ von den Polizisten angehalten und kontrolliert. Nachdem die Beamten in seiner Atemluft Alkoholgeruch wahrgenommen hatten, wurde ein Atemalkoholtest vor Ort durchgeführt. Ergebnis: rund 1 Promille. Eine Blutprobe wurde angeordnet und der Führerschein des Mannes sichergestellt. (EB)

## Frau aus Swisttal schwer verletzt

**Swisttal/Erftstadt.** Bei einem Unfall am Autobahnkreuz 1/61 in Fahrtrichtung Köln ist am Donnerstagabend eine 19-jährige Frau aus Swisttal lebensgefährlich verletzt worden. Ihr 23-jähriger Beifahrer aus Euskirchen erlitt schwere Verletzungen.

Der Unfall ereignete sich zwischen dem Bliesheimer Kreuz und der Anschlussstelle Erftstadt. Nach bisherigen Erkenntnissen der Polizei habe ein 30-jähriger Fahrer aus Hürth gegen 17 Uhr die Fahrbahn von der rechten auf die Mittelspur gewechselt. Aus bisher noch nicht geklärt Ursache sei die 19-jährige diesem Wagen dann ausgewichen. Dabei habe sie links die Betonschrammwand touchiert. Von dort sei sie zurück auf die Fahrbahn und gegen zwei weitere Autos geschleudert. Die Unfallstelle glich anschließend einem Trümmerfeld.

Ersthelfer eilten den Verletzten zur Hilfe. Einsatzkräfte der hauptamtlichen und Freiwilligen Feuerwehr aus Brühl befreiten die Schwerstverletzten aus ihrem Wagen. (mkl)

## „Man greift betroffenen Bürgern in die Tasche“

Bornheimer UWG kritisiert im Haushaltsentwurf vorgesehene Erhöhung der Grundsteuer B

**Bornheim.** „Es kann nicht die alleinige Lösung sein, die Lächer im Haushalt der Stadt Bornheim dadurch zu stopfen, dass man den ebenso betroffenen Bürgern in die Tasche greift.“ So kritisiert UWG-Ratsmitglied Elise Feldenkirchen die im Haushaltsentwurf des Doppelhaushalts 2021/22 vorgesehenen Erhöhungen für die Grundsteuer B.

Nach den Vorstellungen der

Stadt soll laut Entwurf des Kämmers die Grundsteuer B von derzeit 695 auf 770 Hebesatzpunkte angehoben werden. Feldenkirchen: „Das wird bei den Bürgern auf Unverständnis stoßen und Verärgerung hervorrufen. Denn von der Grundsteuer B sind nicht nur Hauseigentümer betroffen. Die Steuer wird auch auf die Mieter umgelegt. Alleinerziehende mit geringem

Einkommen sind die absolut Benachteiligten.“ Aus Sicht der UWG ist die fast schon automatische Grundsteuererhöhung mehr als ärgerlich, „um nicht zu sagen unsozial“. Die UWG-Fraktion hatte der vorigen Steuererhöhung nur unter der Voraussetzung zugestimmt, dass die im Haushalt 2019/2020 ausgewiesenen 695 Hebesatzpunkte bis 2023 nicht erhöht würden. Aller-

dings seien zum damaligen Zeitpunkt die Pandemie und ihre Folgen für niemand absehbar gewesen, so die Politikerin. So seien die Steuereinnahmen der Stadt Bornheim bis August um 5,1 Millionen Euro zurückgegangen. Laut Präsentation des Kämmers verbleibe bei der Stadt insgesamt eine coronabedingte Mehrbelastung von 2,9 Millionen Euro. Aber nicht nur

die Haushalte der Kommunen seien durch die Pandemie stark betroffen, auf die privaten Haushalte treffe dies genauso zu.

„Für die Verwaltung scheinen Steuererhöhungen das Allheilmittel zu sein und Einsparungen erst an zweiter Stelle zu stehen“, so Feldenkirchen. Die UWG wolle bei den Haushaltsberatungen ihr Augenmerk auf die Ausgaben legen. (jr)